

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

März 2005



Esten, Letten, Polen aus ihrem Elend holen

Wie gut, dass es die Franzosen und die Deutschen gibt. In der EU, vor allem nach deren Osterweiterung, würde ohne sie nämlich ein Rückfall in den ungezügelter Frühkapitalismus drohen. Jedenfalls ist das die Sorge der deutschen und der französischen Regierung, die sich nach Brüssel aufmachen, um Esten, Letten und Polen vor Ausbeutung und Elend zu schützen.

Gegen welches Unrecht werfen sie sich in den Kampf um die soziale Gerechtigkeit? Die Europäische Kommission hat – noch in ihrer vorigen Amtsperiode – den Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie vorgelegt. Sie sieht, den Regeln des Warenverkehrs entsprechend, nun auch für das Angebot von Dienstleistungen in der Europäischen Union das Herkunftslandsprinzip vor. Anbieter von Dienstleistungen müssen die Gesetze und Bestimmungen ihres Heimatlandes, nicht aber die des jeweiligen Empfängerlandes erfüllen.

Das entspricht dem Geist des freien Güterverkehrs, der seit der Gründung der Sechsergemeinschaft vorherrscht: Hinter dem Wettbewerb des Güterangebotes steht, sozusagen unsichtbar, der Wettbewerb der Gesetze und Regeln der Mitgliedsländer. Dabei geht es nicht nur um Verbraucherschutz-Vorschriften. Lohnpolitik und Sozialgesetzgebung sind auch auf den Gütermärkten immer wichtige Größen für den Preiswettbewerb gewesen. Das ist bislang nicht so sehr ins Auge gefallen. Jetzt, da es um Dienstleistungen geht – von der Krankenpflege über die Paketzustellung bis zum Portionieren von Schweinehälften –, wird mit einem Schlag erkennbar, was neue Mitglieder mit geringeren Lohn- und Sozialstandards bedeuten: Wettbewerb der Löhne, des Arbeitsrechts, des Sozialrechts.

Der deutschen und der französischen Regierung geht es nicht um den Schutz von Esten, Letten und Polen. Es geht den beiden um die Verteidigung deutscher und französischer Lohn- und Sozialstandards. Der EU-Kommission dagegen geht es um den Binnenmarkt. Auch auf diesen Wettbewerb darf man gespannt sein.

Hans D. Barbier

Einkommen der Privathaushalte

Jeder Haushalt in Deutschland verfügt im Monatsdurchschnitt über ein Nettoeinkommen von 2 771 €. Mit Blick auf manche Gehaltsabrechnung erscheint dieser Wert hoch. Er ist aber statistisch korrekt ermittelt.

Zum einen beeinflusst die Haushaltsstruktur das Ergebnis: Familien mit Kindern bilden nur noch 17,8 Prozent aller Haushalte. Inzwischen dominieren Singles und Paare ohne Kind: In 36,6 Prozent der Haushalte lebt nur eine Person, in 29 Prozent ein Paar. In den Paar-Haushalten wiederum arbeiten immer häufiger beide Partner oder erhalten Renten oder Pensionen.

Zum anderen fließt in die Berechnung nicht nur das Geld ein, das mit Arbeit verdient wird. Enthalten sind auch 402 €, die die Haushalte im Durchschnitt aus Vermögen beziehen. Dazu kommen

öffentliche Transferzahlungen, beispielsweise Kindergeld, Erziehungsgeld, Wohngeld oder Renten und Pensionen: Jeder Haushalt erhält durchschnittlich 887 € seines Nettoeinkommens aus öffentlichen Kassen.

www.destatis.de/presse/deutsch/monat.htm

Am Arbeitsmarkt nichts Neues

Als vor dreißig Jahren mehr als eine Million Menschen arbeitslos waren, hieß es nicht nur von Seiten der Politik: Eine unhaltbare Situation, gegen die schnellstmöglich etwas getan werden müsse. Als 1983 im Jahresdurchschnitt 2,3 Millionen Arbeitslose gezählt wurden, lauteten die Kommentare einhellig: Nicht akzeptabel, skandalös; nun sei es höchste Zeit, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen. 1992 wurde die Drei-Millionengrenze überschritten, 1994 gab es erstmals vier Millionen Arbeitslose, nun wurde bekanntlich zum Jahresbeginn 2005 die fünf Millionengrenze überschritten: Mit jeder Rekordmarke klangen die Aussagen zur Lage auf dem Arbeitsmarkt ähnlich empört.

Nach jeder neuen Hiobs-Botschaft wurde die Politik aktiv. Sie legte Beschäftigungsprogramme auf, versuchte es mit „Runden Tischen“, initiierte Reformen – wie zuletzt die unter dem Begriff „Hartz IV“ be-

Einkommen		
privater Haushalte, in €		
	Netto	davon Transfers
Selbständige	4 437	531
Beamte	4 354	617
Pensionäre	3 994	3 055
Angestellte	3 401	440
Arbeiter	2 634	438
Rentner	1 958	1 450
Arbeitslose	1 550	1 111
Stand 2003 Quelle: Statistisches Bundesamt		

kannte -, oder konnte zumindest erklären, warum die Arbeitslosenzahl erneut angestiegen ist: Durch das zu Jahresbeginn 2005 eingeführte Arbeitslosengeld II sind möglicherweise bis zu 550 000 ehemalige Sozialhilfeempfänger neu in die Arbeitslosenstatistik gekommen und haben die Zahl der offiziell arbeitslos gemeldeten Menschen im Februar auf 5,22 Millionen getrieben.

Die Rekordarbeitslosigkeit wollen Regierung und Opposition jetzt gemeinsam mit einem „Pakt für Deutschland“ bekämpfen, und der Bundeskanzler hat am 17. März zum „Job-Gipfel“ eingeladen. Vermutlich wird sich auf dem Arbeitsmarkt – allen guten Absichten zum Trotz – wenig ändern. Über fünf Millionen Arbeitslose belegen, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen nicht geholfen haben. Wirkungslose Mittel helfen aber nicht besser, wenn sie stärker dosiert werden. Das Beschäftigungsproblem braucht einen völlig neuen Politikansatz.

Arbeitslose	
jeweils Februar, in Millionen	
1991	2,66
1992	3,15
1993	3,47
1994	4,04
1995	3,83
1996	4,27
1997	4,67
1998	4,82
1999	4,47
2000	4,28
2001	4,11
2002	4,30
2003	4,71
2004	4,64
2005	5,22

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Politik mit dem Hammer: Wie Statistik instrumentalisiert wird

Statistiken sind als Grundlage für politische Entscheidungen unverzichtbar. Aber oft werden komplexe Erhebungen und Prognosen fehlinterpretiert. Die Bevölkerungsprognosen des Statistischen Bundesamtes sind ein krasses Beispiel.

Statistische Erhebungen spielen in der politischen Auseinandersetzung eine entscheidende Rolle. Man denke nur an die Arbeitslosenstatistik oder an die Gutachten der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute, die in regelmäßigen Abständen ihr Urteil über die ökonomische Lage und die Konjunkturaussichten abgeben. Politiker und Medien stürzen sich auf jede Statistik, die geeignet scheint, die eigene Argumentation zu stützen. Oft drängt sich der Verdacht auf, dass einzelne Zahlen völlig aus dem Zusammenhang gerissen und so benutzt werden, wie es ein Betrunkener mit einer Straßenlaterne macht: Nicht zur Erleuchtung, sondern nur dazu, um sich an ihr festzuhalten. Besonders kritisch wird es, wenn sich die Berechnungen der Statistiker auf die Zukunft beziehen.

Schätzungen werden wie Naturgesetze behandelt

Dass selbst relativ kurzfristige Vorhersagen selten ins Schwarze treffen, ist an den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute zu sehen, die in jedem Herbst und Frühjahr eine vom Bundesfinanzministerium in Auftrag gegebene Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung veröffentlichen.

Obwohl die Vorhersagen bei jeder neuen Veröffentlichung korrigiert werden müs-

sen und sich im Nachhinein selten als zutreffend erweisen, sind die Prognosen sowohl für die Regierung als auch für die Opposition offenbar sakrosankt. Auch wenn beide Seiten völlig unterschiedliche Schlüsse aus den Zahlen ziehen: Die prognostizierten Werte selbst werden selten angezweifelt.

Dabei sind die Schätzfehler oft alles andere als geringfügig. Besonders gravierend waren die Fehlprognosen für das Jahr 2003: Noch im Herbst 2002 hatten die Institute ein Wachstum von 1,4 Prozent vorausgesagt. Tatsächlich schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt 2003 um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Wenn schon derart kurzfristige Vorhersagen mit so großer Unsicherheit belastet sind, müssten Prognosen, die sich über Jahrzehnte erstrecken, eigentlich erst recht auf Skepsis stoßen. Merkwürdigerweise ist das nicht der Fall. In der Hitze des tagespolitischen Gefechts finden scheinbar weder Politiker noch Medien die Muße, die vermeintlichen Fakten zu hinterfragen.

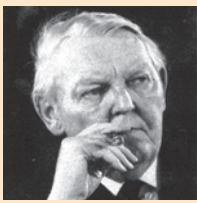
Das wird besonders deutlich in der aktuellen Diskussion um die Erwartungen und Befürchtungen, die an den demographischen Wandel geknüpft sind. In diesem Zusammenhang wird vor allem

vor den gravierenden gesellschaftlichen Konsequenzen einer „Überalterung“ gewarnt. Dabei stehen die Auswirkungen auf Gesundheitswesen und Rentensystem im Brennpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung.

Drastische Veränderung der Altersstruktur?

Politiker aller Couleur und Kommentatoren in Presse und Rundfunk weisen immer wieder auf die Notwendigkeit hin, den Sozialstaat entsprechend den als unumstößlich eingestuften Erfordernissen der Bevölkerungsentwicklung zu verschlanken. Ihre Argumentation stützt sich vor allem auf die im Juni 2003 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte „10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“, die den Zeitraum bis 2050 erfasst. Sie dient als Beleg für eine drastische Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft.

Wie ein Fallbeil scheint „die Demographie“ über dem Land zu schweben. So erklärte Gerhard Schröder im Sommer 2003: „Und wir müssen anerkennen und aussprechen, dass die Altersentwicklung unserer Gesellschaft, wenn wir jetzt nichts ändern, schon zu unseren Lebzeiten dazu führen würde, dass unsere vorbildlichen Systeme der Gesundheitsversorgung



„Es zeugt von grenzenlosem Illusionismus, von der Verblendung planwirtschaftlichen Denkens, wenn von statistischen Grundlagen her das Schicksal eines Volkes für längere Zeit vorausberechnet wird.“

Ludwig Erhard

und Alterssicherung nicht mehr bezahlbar wären.“

Wichtige Faktoren werden ausgeblendet

Äußerungen dieser Art sind in zweifacher Hinsicht fragwürdig: Zum einen werden die Prognosen in den Rang von Naturgesetzen gehoben. Zum anderen wird das statistische Material in einer besonderen Weise gefiltert. Dadurch wird eine Dramatik suggeriert, die selbst dann, wenn die ermittelten Ergebnisse tatsächlich genauso eintreffen würden, in keiner Weise gerechtfertigt wäre.

■ Wenn Politik und Medien die demographische Entwicklung als unveränderbar darstellen, wird meistens die Tatsache ignoriert, dass wichtige Parameter des Modells von der Politik abhängig sind und nicht umgekehrt. Die wichtigsten sind die Kinderzahl pro Frau und der Wanderungsüberschuss. Das Beispiel Frankreich zeigt, dass demographische Trends durch eine familien- und kinderfreundliche Politik umkehrbar sind. In Frankreich stieg, begünstigt durch eine entsprechende Politik, die Anzahl der Kinder pro Frau von 1,65 im Jahre 1993 auf 1,88 im Jahre 2000. Der Zuzug von Ausländern nach Deutschland ist ebenfalls eine Frage von politischen Entscheidungen. Er wird insbesondere von der Ausländer-, Europa- und Integrationspolitik beeinflusst.

■ Auch am unterstellten Anstieg der Lebenserwartung um circa sechs Jahre dürften Zweifel angebracht sein. So sind zum Beispiel die Auswirkungen von Fettleibigkeit

(Adipositas) bei 25 Prozent der Heranwachsenden sowie des immer frühzeitigeren Konsums von Alkohol, Nikotin und anderen Drogen auf die Höhe der Lebenserwartung völlig unklar.

■ Bei fast allen Betrachtungen zum Thema Demographie wird davon ausgegangen, dass die erwerbsfähige Bevölkerung (dazu werden in der Regel die 20 bis unter 60-Jährigen gezählt) nur ihre älte-

ren Mitbürger zu ernähren hätte. Dass auch Kinder und Jugendliche neben Essen, Kleidung und Wohnen (zum großen Teil von den Eltern finanziert) gesellschaftliche Ausgaben erfordern, zum Beispiel für Kindergärten, Schulen oder Gesundheit, wird meistens gar nicht berücksichtigt. Für eine seriöse Betrachtung ist es jedoch unerlässlich, nicht nur den Altenquotienten, sondern auch den

Jugendquotienten darzustellen. Erst die Summe beider Größen, der Gesamtquotient, besitzt Aussagekraft: Während der Altenquotient bis 2050 um 77 Prozent steigen soll, ergibt sich für den Gesamtquotienten ein Plus von lediglich 37 Prozent. Die ganze Dramatik reduziert sich also um mehr als die Hälfte, wenn man die junge Generation in die Betrachtung mit einbezieht.

■ Ein weiterer wichtiger Aspekt wird in der heutigen Debatte fast vollständig ausgeblendet: der Zuwachs an Arbeitsproduktivität. Die statische Betrachtung unterstellt, dass die Leistungsfähigkeit eines Beschäftigten im Jahr 2050 dieselbe sein wird wie heute. Dabei wird komplett ausgeblendet, dass es einen Produktivitätsfortschritt gibt, der den einzelnen Arbeitnehmer in die Lage versetzt, in der gleichen Zeit immer mehr herzustellen.

Nach den – eher niedrig angesetzten – Prognosen sowohl der Herzog- als auch der Rürup-Kommission steigt die Arbeitsproduktivität jährlich um 1,25 beziehungsweise 1,8 Prozent. Bis 2050 entspricht das einer Produktivitätszunahme von 84 beziehungsweise 140 Prozent. Diese Leistungssteigerung würde es jedem Beschäftigten – sofern er in Form von Lohn- oder Gehaltserhöhungen seinen Anteil an der gestiegenen Produktivität bekommt – ermöglichen, mehr für Rentner und Kinder abzugeben, ohne selbst Einschränkungen hinnehmen zu müssen.

Klaus Binger/
Gerd Bosbach

Wie verlässlich sind Prognosen?

Wie schwierig es ist, so komplexe Phänomene wie die Bevölkerungsentwicklung korrekt vorherzusagen, zeigt allein die Tatsache, dass die „Lebensdauer“ der letzten neun „koordinierten Bevölkerungsvorausrechnungen“ des Statistischen Bundesamtes im Schnitt nur vier Jahre betrug. Die jeweiligen Korrekturen gegenüber vorherigen Prognosen beeinflussten die Ergebnisse dabei erheblich: 1992 errechnete das Amt in seiner 7. Prognose für das Jahr 2030 einen Bevölkerungsstand von 69,9 Millionen Einwohnern. Nur zwei Jahre später kam es in seiner 8. Vorausberechnung auf Werte, die je nach Variante um 3,8 bis 11,2 Millionen höher lagen.

Berechnungsprogramme können immer nur bereits existierende, bekannte Trends fortschreiben. Strukturbrüche lassen sich naturgemäß nicht vorhersagen. Wie sehr dies die Möglichkeit einer exakten Prognose beeinträchtigt, belegt ein Blick in die Vergangenheit. Hätte man 1950 eine Schätzung für die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2000 gewagt, wäre zwangsläufig vieles nicht berücksichtigt worden:

- Die Entwicklung und Verbreitung der Antibabypille;
- die Anwerbung und der Zuzug von ausländischen Arbeitskräften und ihren Familien;
- der Trend zur Kleinfamilie und zum Single-Dasein;
- die Öffnung der Grenzen im Osten mit der Einbürgerung von ca. 2,5 Millionen Aussiedlern.

Noch deutlicher wird das Problem, wenn man sich vorstellt, wie eine 50-Jahres-Prognose im Jahre 1900 ausgesehen hätte. Zwei Weltkriege und ihre Folgen wären glatt „übersehen“ worden.

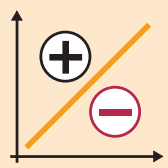


„Was ist Reichtum?
Für jemanden ist ein altes Hemd schon Reichtum.
Ein anderer ist mit zehn Millionen arm.“
Franz Kafka (1883 - 1924), österreichischer Schriftsteller

IM KLARTEXT

März 2005

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im März 2005

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung +

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB hat Mitte Februar 2005 eine erste Untersuchung über Erfolge und Wirkungen der Ich-AG vorgelegt: Seit der Einführung im Januar 2003 haben sich 268 000 Arbeitslose für die staatlich geförderte Existenzgründung entschieden. 48 000 Gründer stellten ihren Betrieb wieder ein. Mehr als die Hälfte sind dadurch erneut arbeitslos geworden.

Laut IAB ist es falsch, die Abbrüche grundsätzlich mit gescheiterten Gründungen gleichzusetzen: Schließlich hätten zwei Fünftel der „Ab-

brecher“ entweder eine reguläre Arbeit gefunden oder wirtschaften inzwischen sogar selbständig, ohne auf staatliche Förderung angewiesen zu sein. Die Forscher empfehlen gleichwohl, künftig die Vergabe der Fördermittel strenger zu handhaben: Viele Abbrecher seien sehr schlecht auf die Selbständigkeit vorbereitet gewesen.

Nach zwei Jahren Ich-AG lässt sich feststellen, dass immerhin 242 000 Menschen der Arbeitslosigkeit entkommen sind: ein - wenn auch schwacher - Lichtblick für den Arbeitsmarkt.

Geldwertstabilität +

Die Deutsche Börse AG hat am 1. März mit dem DivDAX einen neuen Aktien-Index eingeführt, der die Entwicklung der 15 DAX-Unternehmen mit der höchsten Dividendenrendite beschreibt. Das neue Aktienbarometer kann als Bewertungsgrundlage beim Kauf von Zertifikaten und Optionsscheinen genutzt werden. Die Börse reagiert mit dem neuen Index auf die aktuellen Anlegerwünsche. Nach mehreren dividendenar-

DAX

DAX-Stand, jeweils 1. Januar

1997	2 880
1998	4 224
1999	5 006
2000	6 750
7.3.2000 (Allzeithoch)	8 064
2001	6 433
2002	5 160
2003	2 892
13.3.2003 (Tief)	2 202
2004	3 965
2005	4 291

Quelle: Deutsche Börse AG

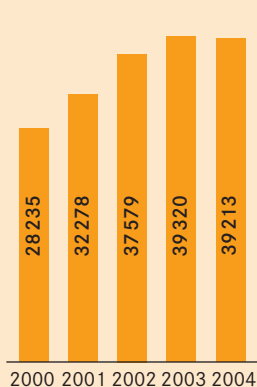
men Jahren steigen derzeit die Ausschüttungen der Aktiengesellschaften. Das hat die Nachfrage nach Fonds und Zertifikaten stark gesteigert, die sich auf solche Aktien konzentrieren. Besonders Anleger, die hohe Risiken meiden wollen, setzen auf die vermeintlich sicheren Dividententitel.

Angesichts der Berg- und Talfahrt an den Börsen seit 1997 verwundert es nicht, dass spekulative Anlagen gemieden werden: Wer zur Vorsorge spart, muss sicher sein, dass weder Inflation noch Kursstürze an den Börsen sein Vermögen vernichten.

Eigenverantwortung +

Nach fünf Jahren ist die Zahl der Unternehmenspleiten erstmals gesunken, wenn auch nur um 0,3 Prozent. Seit 1999 waren die Insolvenzen Jahr um Jahr gestiegen, von damals 26 620 auf 39 338 im Jahr 2003. Im vergangenen Jahr meldeten sich zwar immer noch 39 213 Firmen zahlungsunfähig, aber der Anstieg scheint gestoppt. Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform erwartet in diesem Jahr im optimalen Fall erneut einen weiteren leichten Rückgang bei den Firmenpleiten.

Unternehmenspleiten



Quelle: Statistisches Bundesamt

Ich-AGs

Abbrecher bis 31.12.04	48 000
arbeitslos m. Leistungen	51,6 %
arbeitslos o. Leistungen	2,0 %
in regulärer Arbeit	33,6 %
selbständig o. Förderung	4,5 %
anderweitig erwerbstätig	2,2 %
Wehr-/Ersatzdienst	3,4 %
Fortbildung/Umschulung	1,4 %
Mutterschutz/Elternzeit	0,8 %
Rente-/Vorruhestand	0,5 %

IAB-Umfrage 2. Halbjahr 2004
Quelle: IAB

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance/dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard